

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Thilo Hoppe, Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 16/12735 –**

#### **Landrechte stärken – „land grabbing“ in Entwicklungsländern verhindern**

##### **A. Problem**

Die Antragsteller stellen fest, dass infolge der Verteuerung von Lebensmitteln Regierungen und Unternehmen reicher Ölförder-, Schwellen- und Industrieländer riesige Flächen fruchtbareren Landes in den Entwicklungsländern kaufen oder pachten, um dort Nahrungsmittel für den eigenen Binnenmarkt zu produzieren. Die Regierungen in den Entwicklungsländern stünden diesen großflächigen Landaneignungen oft positiv gegenüber. Kritiker hingegen bezeichneten diese Entwicklung als „land grabbing“ – unrechtmäßige oder illegitime Landaneignung. Sie befürchteten, dass Landarbeiter, Bauern und lokale Gemeinschaften den Zugang zu Land für ihre lokale Nahrungsmittelproduktion verlieren würden, mit Landvertreibungen rechnen müssten und Armut und Hunger auf dem Landweg zunehmen.

##### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP und Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE.**

##### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

##### **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 16/12735 abzulehnen.

Berlin, den 13. Mai 2009

### **Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

**Thilo Hoppe**  
Vorsitzender und Berichterstatter

**Dr. Wolf Bauer**  
Berichterstatter

**Dr. Sascha Raabe**  
Berichterstatter

**Dr. Karl Addicks**  
Berichterstatter

**Dr. Norman Paech**  
Berichterstatter

## Bericht der Abgeordneten Dr. Wolf Bauer, Dr. Sascha Raabe, Dr. Karl Addicks, Dr. Norman Paech und Thilo Hoppe

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/12735** in seiner 220. Sitzung am 7. Mai 2009 zur Federführung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Unrechtmäßige Landaneignung in Entwicklungsländern verhindern und Landrechte der marginalisierten Landbevölkerung schützen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 89. Sitzung, der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** in seiner 105. Sitzung, der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** in seiner 90. Sitzung am 13. Mai 2009 beraten. Die Ausschüsse empfehlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 89. Sitzung am 13. Mai 2009 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP und Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion der CDU/CSU** sieht das Dilemma, dass man ausländische Investitionen in Form von Public-Private-Partnership-Projekten in Entwicklungsländern durchaus benötige. Allein die kleinbäuerliche Landwirtschaft verspreche nicht die notwendige Entwicklung. Ein Ausgleich zwischen allen Interessen sei aber sehr schwierig, insbesondere wenn man die Einzelheiten betrachte. Im Kern gehe es um den Bereich der guten Regierungsführung, um Fragen der Eigentums- und Besitzrechte, der Vermessung und der Katastererstellung. Zu fordern sei auch, dass sich die Akteure bei der Gestaltung von Verträgen über Grundeigentum und -besitz verantwortungsbewusst verhielten. Fänden diese Regeln Anwendung, würden die derzeit zu erlebenden Auswüchse verringert. Neben China, als dem größten Käufer und Pächter von Land in Entwicklungsländern, träten erschreckenderweise Kuwait, Katar, Saudi Arabien und Bahrain als solche auf. Man steuere auf eine Nahrungsmittelkrise zu, weil es immer weniger Land zum Anbau gebe. Aus ihrer Sicht gebe

es für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit nur die Option, darauf zu vertrauen, dass alle Maßnahmen, die in Richtung gute Regierungsführung unternommen würden, erfolgreich sein werden.

Die **Fraktion der FDP** hält ebenfalls die Fragen der guten Regierungsführung und vor allem der Sicherung von Landrechten für entscheidend. Der Antrag ginge in die richtige Richtung und ein großer Teil der Forderungen könne unterstützt werden. Da er aber Sachverhalte vermische, wie z. B. die Festlegung von Standards, die nicht in diesen Kontext gehörten, werde sie sich enthalten.

Die **Fraktion der SPD** streicht heraus, bei ausländischen Investitionen in Entwicklungsländern müsse gerade im ländlichen Bereich besonders vorsichtig agiert werden. Auf brachliegenden Flächen könnten z. B. unter sehr strengen Voraussetzungen für fünf bis zehn Jahre im Rahmen eines ausländischen Investments Infrastrukturen geschaffen und eine landwirtschaftliche Produktion ermöglicht werden. Die Parameter müssten aber so gestaltet sein, dass die heimische Bevölkerung davon sowohl mit Blick auf die Arbeitsplätze als auch im Hinblick auf die Eigentumsgestaltung profitiere. Nachhaltig und sinnvoll sei ein solches Investment nur dann, wenn es nach einer Anschulphase selbständig von den Menschen vor Ort fortgeführt werden könne. Es müsse verhindert werden, dass sich investierende Länder in Entwicklungsländern eine Enklave zur Sicherung der Ernährung der eigenen Bevölkerung schafften und die Motivation wegfallen, diese Länder zu entwickeln. Um sehr krassen Fällen von Landverpachtungen oder -käufen gegen die Interessen der Bevölkerung begegnen zu können, sollte auf der UN-Ebene ein Gremium geschaffen werden, das derartige Verträge als sittenwidrig einstufen könne. Nachfolgend demokratisch gewählte Regierungen könnten sie dann als nichtig behandeln. Dies würde auch präventive Wirkung entfalten. Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ginge zwar in die richtige Richtung, dennoch werde sie ihn ablehnen, denn die entscheidenden Forderungen (Katasterwesen, Flächennutzungsplanung, gute Regierungsführung und Landreformen) seien bereits in dem Antrag der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD zur ländlichen Entwicklung (Drucksachen 16/11203, 16/11973) enthalten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** legt dar, in der Analyse der Problematik des land grabbings seien sich die Fraktionen relativ einig. Bei der Frage, wie gegengesteuert werden könne, werde aber Hilflosigkeit deutlich. Gute Regierungsführung der einzelnen Staaten sei in der Tat gefordert. Es gebe aber Investoren, die gerade schlechte Regierungsführung ausnutzten und davon profitierten. Bei illegalen Geschäften sei dies eindeutig. Häufig gehe es aber unter Beachtung der bestehenden Gesetze um Verträge mit demokratisch gewählten Regierungen, in deren Folge hunderttausende von Kleinbauern in den Ruin getrieben und das Menschenrecht auf Nahrung verletzt würden. Es gebe daneben Verträge, die in einem gewissen Graubereich anzusiedeln seien, bei denen es Vermutungen z. B. über Bestechungsgelder gebe. Zu denken sei auch an Fälle, in denen

schwache Regierungen aus zwielfichtigen Motiven heraus handelten, die einer nachhaltigen Entwicklung entgegensteuerten. Der Antrag befürworte, dass die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) analog zu den freiwilligen Leitlinien zur Umsetzung des Rechts auf Nahrung auch Leitlinien zum Umgang mit dem Phänomen land grabbing entwickle. Im Ergebnis müsste unter dem Leitthema Ernährungssicherheit ein Landrecht gestaltet werden, das sowohl den kulturellen Kontext ernstnehme, übergeordnete Menschenrechtskriterien berücksichtige als auch Sicherheit für Investitionen in eine nachhaltige Landwirtschaft bereitstelle.

Berlin, den 13. Mai 2009

**Dr. Wolf Bauer**  
Berichterstatter

**Dr. Sascha Raabe**  
Berichterstatter

**Dr. Karl Addicks**  
Berichterstatter

**Dr. Norman Paech**  
Berichterstatter

**Thilo Hoppe**  
Berichterstatter